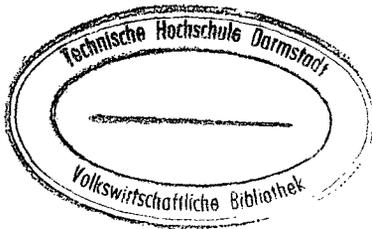


02 623
Peter Bernholz
Friedrich Breyer

Grundlagen der Politischen Ökonomie

Band 2: Ökonomische Theorie der Politik

3., völlig überarbeitete Auflage



J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1994



Inhalt

Vorwort	III
Einleitung	1

Kapitel 9

Einleitung: Staat und politische Entscheidungsprozesse	1
9.1 Was ist „Ökonomische Theorie der Politik“?	1
9.2 Die Notwendigkeit der Existenz des Staates und politischer Entscheidungsprozesse	5
9.3 Das Problem einer gerechten Einkommensverteilung	13
9.3.1 Inhaltliche Präzisierung des Gerechtigkeitspostulats	13
9.3.2 Die Rolle des Staates bei der Herbeiführung einer gerechten Einkommensverteilung	17
9.4 Aufgaben	20
9.5 Literatur	20

Kapitel 10

Kriterien für eine „ideale“ Abstimmungsregel	22
10.1 Der axiomatische Ansatz	23
10.1.1 Formale Eigenschaften von Präferenzrelationen	24
10.1.2 Das Problem der Auswahl	25
10.1.3 Gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktionen: Das Unmöglichkeitstheorem von Arrow	27
10.1.4 Gesellschaftliche Entscheidungsfunktionen: Der Ausweg von Sen	31
10.2 Der Ansatz der Minimierung der „Interdependenzkosten“	33
10.2.1 Exkurs: Binäre Abstimmungsregeln	33
10.2.2 Das Konzept der Interdependenzkosten	36
10.3 Aufgaben	43
10.4 Literatur	44

Kapitel 11

Eigenschaften der Mehrheitsregel	45
11.1 Axiomatische Charakterisierung der Mehrheitsregel	45
11.2 Optimalitätseigenschaften der Mehrheitsregel	47
11.3 Mehrheitsregel und Abstimmungen über die Einkommensverteilung	53
11.4 Mehrheitsregel und widersprüchliche Gruppenentscheidungen	54
11.4.1 Das Problem zyklischer Mehrheiten	54
11.4.2 Bedingungen für die Vermeidungen zyklischer Mehrheiten	56
11.4.2.1 Eingipfligkeit und die Existenz eines Condorcet-Gewinners	56
11.4.2.2 Aussagen über die „Ähnlichkeit“ der individuellen Präferenzen	60
11.4.2.3 Existenz von Condorcet-Gewinnern bei unendlich vielen Alternativen und mehrdimensionalen Alternativenmengen	62
11.4.2.4 Zyklische Mehrheiten bei identischen Nutzenfunktionen	66
11.5 Aufgaben	69
11.6 Literatur	71

Kapitel 12

Strategisches Abstimmungsverhalten	72
12.1 Stimmentausch und die Bündelung von Vorschlägen	72
12.1.1 Stimmentausch bei Mehrheitsabstimmungen	72
12.1.1.1 Zur Idee des Logrolling	72
12.1.1.2 Bedingungen für das Zustandekommen von Logrolling	74
12.1.1.3 Mit Logrolling verbundene Schwierigkeiten	75
12.1.1.4 Wohlfahrtstheoretische Beurteilung des Logrolling	77
12.1.2 Allgemeine Bedingungen für das Auftreten von Logrolling-Situationen	78
12.2 Nicht-manipulierbare Entscheidungsregeln	80
12.3 Manipulationen der Abstimmungsreihenfolge	86
12.4 Aufgaben	88
12.5 Literatur	89

Kapitel 13

Alternativen zur Mehrheitsregel	90
13.1 Die Einstimmigkeitsregel und ihre Eigenschaften	90
13.2 Weitere Abstimmungsverfahren	91
13.2.1 Verfahren bei gegebener Alternativmenge	91
13.2.2 Ein Verfahren unter Einschluß des Vorschlagsprozesses	95

13.3 Aufgaben	97
13.4 Literatur	97

Kapitel 14

Modelle des Parteien-Wettbewerbs	98
14.1 Eine Systematik räumlicher Modelle	98
14.2 Das Stimmenmaximierungs-Modell	101
14.2.1 Modellannahmen und Modellergebnisse	101
14.2.2 Kritik	105
14.3 Das Zwei-Parteien-Modell und der Medianwähler	106
14.3.1 Ideologische Zielsetzungen der Parteien	106
14.3.2 Das Ziel der eigenen Bereicherung	109
14.3.3 Loyale Wähler	110
14.3.4 Restriktionen durch Mitglieder und Geldgeber	112
14.3.5 Die Drohung des Eintritts einer dritten Partei	113
14.3.6 Politiker als Wähler	115
14.3.7 Kosten der Wahlbeteiligung	118
14.3.8 Fazit	120
14.4 Mehr-Parteien-Modelle	121
14.4.1 Die Rolle des Wahlrechts im Drei-Parteien-System	121
14.4.2 Restriktionen für die Parteien	124
14.4.3 Stimmenthaltung abseitsstehender Wähler	127
14.5 Wahlen mit distributiven Inhalten	130
14.5.1 Reine Umverteilung ohne Anreizwirkungen	130
14.5.2 Wahlen über Steuern mit Anreizwirkungen	135
14.6 Aufgaben	141
14.7 Literatur	143

Kapitel 15

Der Einfluß der Bürokratie auf den politischen Entscheidungsprozeß	146
15.1 Modell einer bürokratischen Organisation als Anbieter öffentlicher Güter	146
15.1.1 Allgemeine Annahmen	146
15.1.2 Der formale Modellansatz	148
15.1.3 Zeichnerische Darstellung des Modells	149

15.1.4	Ableitung der Ergebnisse für eine die Arbeitsmenge maximierende Behörde	152
15.1.5	Vergleich mit einem Verhalten als Angebotsmonopolist oder als Mengenanpasser	155
15.2	Die Bürokratie und das stetige Wachstum des Staatsanteils	156
15.2.1	Modellannahmen	157
15.2.2	Modellergebnisse bei konstanten Wählerpräferenzen	159
15.2.3	Modellergebnisse bei sich ändernden Wählerpräferenzen	162
15.3	Aufgaben	164
15.4	Literatur	164

Kapitel 16

	Der Einfluß von Interessengruppen auf den politischen Entscheidungsprozeß	166
16.1	Voraussetzungen für die Bildung von Verbänden	166
16.2	Ursache und Ausmaß des Einflusses von Interessengruppen	169
16.2.1	Primäre Ursachen des Einflusses der Verbände auf den politischen Entscheidungsprozeß	169
16.2.1.1	Ausnutzung des Informationsvorsprungs	169
16.2.1.2	Ausbeutung von Marktmacht	170
16.2.1.3	Die Finanzierung von Parteien	171
16.2.2	Die Konkurrenz der Verbände und ihre Folgen'	172
16.2.2.1	Auswirkungen des auf Ausnutzung ihrer Marktmacht beruhenden Einflusses der Verbände	172
16.2.2.2	Die Auswirkungen des auf Informationsvorteilen beruhenden Einflusses der Verbände	175
16.2.2.3	Die Bedeutung des Wettbewerbs der Verbände für die Art der politischen Entscheidungen	181
16.3	Aufgaben	181
16.4	Literatur	182

Kapitel 17

	Typische wirtschaftspolitische Eingriffe in das Marktgeschehen	183
17.1	Importhindernisse, Mindestpreise und Subventionen als Folge demokratischer Korrekturen der Marktergebnisse	184
17.2	Die Wettbewerbspolitik in der marktwirtschaftlichen Demokratie	191
17.2.1	Kartellierung und Konzentration von Marktmacht	192
17.2.1.1	Ursachen von Kartellierung und Konzentration	192

17.2.1.2 Politische Bestimmungsgründe der Wettbewerbspolitik	193
17.2.2 Staatlich gesicherte Monopolrenten und die mit ihrer Vergabe verbundenen Wohlfahrtsverluste	194
17.3 Aufgaben	200
17.4 Literatur	201

Kapitel 18

Demokratie und Staatsfinanzen	203
18.1 Das Angebot öffentlicher und privater Güter durch den Staat	203
18.1.1 Einkommenumverteilung als Ursache des Güterangebots durch die öffentliche Hand	204
18.1.2 Die Bedeutung mangelhafter Information der Wählermehrheit für das staatliche Güterangebot	205
18.1.3 Stimmentausch und indirekte Demokratie als Ursache eines zusätzlichen Güterangebots durch die öffentliche Hand	205
18.2 Ursachen für die Ausgestaltung des Steuersystems und die Kreditaufnahme durch den Staat	207
18.2.1 Vorteile und Grenzen der öffentlichen Kreditaufnahme	208
18.2.2 Die Ausgestaltung des Steuersystems nach wahlpolitischen Gesichtspunkten	209
18.2.3 Grenzen der Steuerbelastung	210
18.3 Ursachen und Konsequenzen des Systems der sozialen Sicherung	211
18.3.1 Gründe für die Einführung der Sozialversicherung	211
18.3.2 Ursachen für das weitere Wachstum der Sozialversicherung	213
18.3.3 Grenzen des Wachstums der Sozialversicherung	214
18.4 Aufgaben	214
18.5 Literatur	215

Kapitel 19

Staatliche Globalsteuerung in der Demokratie	218
19.1 Idee, Ziele und Wirkungen der Globalsteuerung	218
19.2 Die Globalsteuerung im Spannungsfeld der Demokratie	219
19.3 Der „politische Konjunkturzyklus“	221
19.3.1 Das theoretische Modell	222
19.3.2 Empirische Überprüfung des Modells	226

19.4 Die Tarifpolitik der Gewerkschaften und Arbeitgeber und die staatliche Globalsteuerung	228
19.5 Aufgaben	229
19.6 Literatur	229

Kapitel 20

Politisches System und Zentralgeleitete Verwaltungswirtschaft	231
20.1 Das demokratische Zweiparteiensystem und die Zentralgeleitete Verwaltungswirtschaft	232
20.1.1 Der Einfluß von Wählern, Parlament und Regierung auf die staatlichen Entscheidungen	232
20.1.2 Konsumentensouveränität und Fehlleitung von Ressourcen	234
20.1.3 Staatseingriffe zur Verzögerung von Umstrukturierung der Wirtschaft	236
20.1.4 Übergang zu Konkurrenzsozialismus oder sozialistischer Marktwirtschaft als Ausweg?	237
20.2 Einparteiensystem, Oligarchie und Diktatur	239
20.2.1 Der Einfluß der Bevölkerung und von elitären Gruppen auf die Richtung der Güterproduktion und die Güterverteilung	240
20.2.2 Konsumentensouveränität und Richtung der Güterproduktion	242
20.2.3 Sind Demokratie und Zentralgeleitete Verwaltungswirtschaft miteinander vereinbar?	244
20.3 Aufgaben	244
20.4 Literatur	245

Kapitel 21

Abschließende Bewertung der Systeme und Vorschläge zu ihrer Weiterentwicklung	246
21.1 Beurteilung der Wirtschaftssysteme nach der Verwirklichung vorgegebener Ziele	247
21.1.1 Gewichtung der angestrebten Ziele	247
21.1.2 Zentralverwaltungswirtschaft und kapitalistische Marktwirtschaft	248
21.1.3 Sozialistische und kapitalistische Marktwirtschaft	249
21.2 Bedroht die Demokratie den freiheitlichen Rechtsstaat?	250
21.3 Beurteilung der Systeme nach der Möglichkeit, bestimmte drängende Gegenwartsprobleme zu lösen	255
21.3.1 Das Problem des übermäßigen Bevölkerungswachstums	255

21.3.2	Probleme der Rohstoff- und Energieversorgung	257
21.3.3	Das Problem der Umweltzerstörung	260
21.4	Notwendigkeit und Möglichkeit von Innovation für die Organisa- tion von Staat und Wirtschaft	263
21.4.1	Rolle und Notwendigkeit von gesellschaftlichen Innovationen	263
21.4.2	Einige mögliche gesellschaftliche Innovationen	264
21.4.2.1	Begrenzung der staatlichen Kompetenzkompetenz durch die Verfassung	264
21.4.2.2	Änderung der Entscheidungsrechte innerhalb des Staates	267
21.4.2.3	Öffnung der Staaten für Migration	270
21.5	Ausblick und Hinweis auf ungelöste Probleme	271
21.6	Aufgaben	273
21.7	Literatur	274
	Sachregister	276